

## 80 Jahre Verbot Haus Mühleck und Gemeinde Iggelbach

*Referat zur Gedenkveranstaltung am 14. April 2013 im Naturfreundehaus Elmstein-Harzofen*

Am 15. Mai 1932 konnte in Iggelbach das Haus der Freireligiösen Gemeinden eingeweiht werden. Nach Berichten von Carl Peter, dem Geschäftsführer des Volksbundes für Geistesfreiheit, waren über 1200 Personen bei der Einweihung da, mehr Menschen, als Iggelbach zu dem Zeitpunkt Einwohner hatte.

Es hatte mehrere Jahre gedauert, bis die Idee eines eigenen Hauses endlich verwirklicht werden konnte. 1928 ruft Adelheid Moritz in der Bundeszeitschrift „Geistesfreiheit“ zu Spenden für ein eigenes „Freidenkerheim“ auf. (Die Begriffe „Freidenker“, „freireligiös“, „freigeistig“ waren austauschbar.) 1929 gibt es einen Vorstandsbeschluss des Volksbundes für Geistesfreiheit, dem die FG Ludwigshafen und damit die FG Iggelbach, die rechtlich an Ludwigshafen gebunden war, angehörten, dass der Bund die Gemeinde beim Bau eines Hauses unterstützen werde. Am 8. Mai 1931 unterzeichnen die freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen und der Volksbund für Geistesfreiheit, Sitz Leipzig eine Vereinbarung, dass der Volksbund auf dem ihm gehörigen Gelände in Iggelbach ein Gebäude errichtet, das der Freireligiösen Gemeinde Iggelbach und anderen dem Volksbund angehörenden Gemeinden zur Ausübung ihrer freigeistigen Veranstaltungen und sonstigen Gemeindezwecke zur Verfügung gestellt werde. *„Die freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen übernimmt nach Fertigstellung des Gebäudes dasselbe in Pacht gegen einen später zu vereinbarenden Pachtzins oder übernimmt das Gebäude als Eigentum unter hypothekarischer Sicherung der vom Volksbund aufgewendeten Kosten.“*

Unterzeichnet wurde der Vertrag von Carl Peter für den Volksbund und Becker und Robert Köhler für die FG Ludwigshafen.

Das Haus selbst war in Eigenleistung erbaut worden, bezahlt wurden das Grundstück und das Baumaterial, Öfen, usw. Laut einer Aufstellung von Robert Köhler, dem Vorsitzenden der Freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen, die gegenüber dem Volksbund verantwortlich war, betragen die Gesamtkosten 19485 RM. Aufgebracht worden war die Summe durch Spenden, durch Zeichnung von Anteilscheinen, die im Laufe der folgenden Jahre abgelöst werden sollten, und durch ein Darlehen der Freireligiösen Gemeinde Leipzig. Letzteres war eigentlich durch deren Feuerbestattungskasse erfolgt. Ein entsprechendes Rundschreiben war von Carl Peter an alle verschickt worden. Belege für die Unterstützungsbeträge liegen teilweise vor, es handelt sich oft um kleinste Beträge von 1 oder 2 RM. Für die Gemeinde war es insgesamt eine große Summe, möglich war der Bau eben durch die Eigenleistung, was bei der Einweihung von Carl Peter und den anderen Rednern sehr betont wurde. Für die Gemeinden in der ganzen Pfalz, aber von außerhalb hatte das Haus nicht nur eine praktische, sondern auch eine symbolische Bedeutung.

Es stand für Aufschwung, für neue Möglichkeiten des Gemeindelebens, es war ein Ort, wo man sich sicher und ungestört treffen konnte. Adelheid Moritz, Religionslehrerin und Leiterin des Kindergartens, wohnte dort, hatte einen Kindergarten eingerichtet, der zu komplizierten Genehmigungsverfahren durch die Behörden führte, machte Religionsunterricht. Auch kamen Jugendgruppen zur Übernachtung im Sommer hin, das Reichsbanner Frankenthal verbrachte 1932 noch die Weihnachtstage dort, die Gemeinde traf sich in ihm zu Feierstunden und einfach auch so. Eine Schankerlaubnis aber bekam sie

nicht. Das Haus machte nach außen sichtbar, dass die freireligiöse Bewegung lebendig war und wuchs.

Die Zeit selbst war damals schon wieder schwieriger geworden. Kurze Zeit nach der Einweihung erhob die Reichsarbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände Protest gegen das Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes. Es hatte zwar vorher intern Streitigkeiten mit diesem gegeben, aber sein staatliches Verbot wollte man doch nicht hinnehmen. Und die RAG protestierte auch laut gegen den zunehmenden Faschismus.

Wie stark der Nationalsozialismus geworden war, wird Anfang des nächsten Jahres deutlich. Sie alle kennen die Daten der Machtergreifung, der ersten Parteiverbote und Verfolgungen. Was geschah in Iggelbach?

Robert Köhler erhob in einem Schreiben vom 25. März 1933 die Frage:

*„Wäre es nicht zweckmässig, die Geldgeberin – das ist doch eigentlich die Feuerkasse der freireligiösen Gemeinde Leipzig – hypothekarisch sicherzustellen. Da bei dieser Kasse rein wirtschaftliche Interessen vorliegen und von politischer Betätigung unter keinen Umständen gesprochen werden kann, dürfte dies vielleicht der beste Weg sein.“*

In dieser Frage zeichnet sich das Geschehen schon ab. Mit der Machterschleichung Hitlers und der Nazis war vielen Freireligiösen endgültig klar, dass sie und ihre Bewegung gefährdet waren. Am 10. März 1933 war F.W. Wagner verhaftet worden, konnte am nächsten Tag schon fliehen, und Wagner ( nach 1945 im Parlamentarischen Rat für die Entwicklung des Grundgesetzes und später Bundesverfassungsrichter) war zwar damals nicht mehr im Gemeinderat der FG Ludwigshafen, aber ein guter Freund Robert Köhlers und eng der Gemeinde verbunden. Kommunistische Mitglieder der Gemeinden tauchten ab, zumindest in Ludwigshafen. Und laut eines Berichtes von Carl Peter war das Haus Mühleck schon am 13. März besetzt worden, aber scheinbar bestand Hoffnung, es wieder zu bekommen. Ein Brief der Freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen, die nominell für das Haus und für die Iggelbacher Gemeinde zuständig war, datiert vom 24. März 1933 an das Bezirksamt Neustadt, nennt als Datum der Besetzung den 11. des Monats. Dieser Brief wurde handschriftlich mit dem Vermerk versehen: nicht abgegangen.

Auf den 12. April 1933 datiert ein Brief des 1. Bürgermeisters der Gemeinde Elmstein an den Herrn Bezirkskommissar Petri in Neustadt mit dem Betreff:

Enteignung von zu antinationalen Zwecken verwendetem Gut.

*„In hiesigem Gemeindebezirk befinden sich folgende Güter, deren Enteignung auf Grund des Gesetzes vom 4.4. 1933 dringend veranlaßt erscheint:“*

Im Folgenden werden wie bekannt das Naturfreundehaus in Harzofen und das Freidenkerheim in Iggelbach aufgeführt. Dieser Brief mit diesem Datum ist der Anlass, weswegen wir zusammenkommen.

Der Brief vollzog von Amts wegen nach, was die SS schon praktisch verwirklicht hatte. Mit der Machtergreifung durch die Nazis entstand eine Willkürherrschaft, gab es kein Recht mehr, das einklagbar war. Vor allem auch aus diesem Grunde ist es wichtig, dass man sich diese ganzen „amtlichen“ Schreiben ansieht, wie hier das „Recht“ den Entscheidungen der Machthaber angepasst wurde.

Wer immer auch noch heute mit dem Argument käme, unter den Nazis hätte es nicht so viele Verbrechen gegeben, verdrängt das Wichtigste, nämlich dass dieser Nazi-Staat selbst verbrecherisch handelte, das Recht beugte. Und das ging so weiter. Nach außen hin aber sollte immer der Schein gewahrt werden, als ob alles nach Gesetz und Ordnung ablaufe. Diese Strategie ist bis heute Teil rechtsextremen Vorgehens.

Vom SS-Sturmbann Neustadt liegt ein Brief vom 25. April 1935 an das Bürgermeisteramt Elmstein vor, in dem steht:

*„Im Zuge der nationalsozialistischen Revolution wurde im Frühjahr 1933 das frühere Freidenkerheim in Iggelbach von den früheren Machthabern geräumt und durch Gauleiter Bürckel dem SS-Sturmbann III/10 in Neustadt a.H. als SS-Erholungsheim zur Verwaltung übergeben. Um die noch ausstehende entgeltliche Regelung herbeizuführen, ist beabsichtigt, das Heim auf Grund der Gesetze über die Einziehung kommunistischen und staatsfeindlichen Vermögens vom 26. 5. 1933 und vom 14. 7. 1933 einziehen zu lassen.“*

Er endet mit der Bitte: *„Ich wäre Ihnen .... verbunden, wenn Sie mir baldmöglichst eine Bestätigung des Inhalts zugehen lassen wollten, dass die in Iggelbach wohnenden Mitglieder des früheren Freidenkerbundes bis zur Machtübernahme durchwegs als marxistische eingestellt zu betrachten waren, dass ihre Vereinstätigkeit praktisch und gewollt auf eine Förderung marxistischer Bestrebungen gerichtet war und dass das Heim in Iggelbach der Sammelpunkt und Sitz dieser ihrer sich auf die ganze Pfalz erstreckenden volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen war.“*

Manchen mag dieser Brief verwundern, denn schon am 29. März 1935 war vom Vorstand des Bezirksamtes in Neustadt eine Verfügung ergangen zum Einzug der Grundstücke und des Vereinshauses der freireligiösen Gemeinde in Iggelbach mit Ausfertigung an das Bürgermeisteramt Elmstein. Vorausgegangen war dem schon am 1. März 1935 ein Schreiben des Bezirksamtes an die Gendarmeriestation Elmstein, dass die freireligiöse Gemeinde Iggelbach aufgelöst und verboten wird und sämtliche Vermögenswerte beschlagnahmt werden. Dem Vorstand der FG Gemeinde, genannt wird hier Wilhelm Köhler, sei davon mit Abdruck des Schreibens zu verständigen, und später wird ihm noch abverlangt, dass er die Mitteilung der Enteignung noch zu bestätigen hat. Auch dieses Schreiben war unsinnig, denn die Gemeinde war schon im April 1933 zusammen mit den übrigen Gemeinden in der Pfalz verboten worden.

Doch noch kurz zurück ins Jahr 1933: Große Berichte finden sich in den Nazi-Zeitungen über die Weihe zum SS-Heim im Juni 1933.

Ich will kurz einen dieser Berichte aufgreifen, den aus der NSZ vom 26. Juni 1933. Da wird Gauleiter Bürckel zitiert mit den Worten: *„was heute in Iggelbach geschieht, ist nicht etwa die Beschlagnahme roten Gutes, sondern stellt die Zerstörung gemeingefährlichen Wirkens dar, das sich gegen Gott und die menschliche Vernunft richtete. .... Wir werden unsere deutsche Pflicht tun und dafür sorgen, dass von hier deutscher und christlicher Glaube ins Land dringt.“* Danach wird es stiller um das Haus. Aber hinter den Kulissen streiten sich die Abteilungen, wer es nun bekommt und benutzt. Die SS will es behalten und überschrieben bekommen, auch weil sie angeblich schon das Haus instand gehalten und gesetzt habe, die bayerische Regierung will trotzdem noch Geld, lässt sogar in späteren Jahren ein Gutachten über den Wert des Hauses anfertigen, das Bezirksamt Neustadt führt noch die HJ als Interessent auf. Zwischenzeitlich wird es als Kriegsgefangenenlager für russische Kriegsgefangene genutzt, die im Pfälzer Wald zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Die

letzte Verwendung des Hauses während der Nazi-Zeit ergibt sich aus den Unterlagen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs vom 21. September 1942. Darin wird erwähnt, dass das Haus ab 1. 9. 1943 auf unbestimmte Zeit an die Firma Woellner-Werke in Ludwigshafen vermietet sei.

Erst 1950 bekam die Freireligiöse Gemeinde, in dem Fall die Landesgemeinde das Haus wieder zugesprochen, der Eintrag ins Grundbuch als SS-Heim wurde erst 1965 auf Gemeindeprotest gelöscht.

Welch einen Rückschlag die zwölf Jahre Nazi-Herrschaft für die Freireligiöse Bewegung bedeutet hatte, wurde erst danach ganz ersichtlich, in diesen langen Kämpfen um Anerkennung des zugefügten Schadens, ja überhaupt einer Anerkennung des erworbenen Rechtsstatus von vor 1933. Unterstützungen für sonstige Verwendungsmöglichkeiten des Hauses im früheren Sinne waren auch nach 1945 nicht zu erreichen. Am Ende musste die Landesgemeinde das Haus verkaufen.

Das ist die Geschichte des Hauses, aber genauso wichtig, ja uns näher liegt die Geschichte der beteiligten Menschen. Was geschah den Menschen in der Zeit? Erwähnt hatte ich schon F.W. Wagner. Und in Iggelbach selbst?

Am 19. Juni 1933 ergeht Schutzhaftbefehl durch das Bezirksamt, dass fünf Personen aus Iggelbach festzunehmen seien. Vier davon sind freireligiös. Am 6. August 1933 schreibt Robert Köhler an den Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands, denn zu diesem Zeitpunkt hatte der Volksbund den alten Namen wieder angenommen, einen Bericht über die Vorkommnisse in Iggelbach.

Am 21. Juni wurden die genannten 4 Personen in Schutzhaft genommen, drei davon am 15. Juli wieder entlassen. Einer der verhafteten war schon früher 17 Tage in Schutzhaft gewesen und wurde jetzt ins KZ Dachau gebracht. Köhler schreibt: *„Politisch war Schneider seit 1924 nicht mehr organisiert, früher war er bei der SPD, in den letzten Jahren stand er wie so und so viele Verärgerte mehr auf kommunistischem Boden, aber ohne sich dieser Bewegung anzuschließen.“*

Weiter berichtet er, dass von den 50 freireligiösen Familien im Ort 16 veranlasst wurden, wieder protestantisch zu werden, nicht zuletzt aus Furcht vor Arbeitslosigkeit.

Unterschrieben ist dieser Brief auch von Wilhelm Köhler, dem letzten Gemeindevorstand von Iggelbach bis zum Verbot. Und er unterschreibt auch den Satz, dass Ursache der Verhaftungen und Verfolgungen Klatschereien durch gehässige Gegner der freireligiösen Gemeinde seien.

Jakob Schneider kam im November 1933 wieder frei.

Und weiter:

Was geschah mit Adelheid Moritz, die engagierte Lehrerin, Gemeindegewesenerin und Kindergärtnerin, die den Aufruf zum Hausbau geschrieben hatte, die auch noch Ideen entwickelte, wie sie den Iggelbachern beim Broterwerb helfen könne, etwa durch Errichtung einer Webschule? Sie musste 1933 den Ort verlassen, der SA-Leiter im Ort verjagte sie, wie sie in ihren Erinnerungen schrieb, sie ging nach Bückeberg als Mitarbeiterin in die dortige Webschule. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie im Altersheim der Arbeiterwohlfahrt in Lambrecht, oft besucht von ehemaligen Schülerinnen und Schülern aus Iggelbach.

Und weiter: Noch kurz vor Kriegsende wurden Mädchen und junge Frauen zum Arbeitsdienst eingezogen und konnten teilweise nur unter schwierigen Umständen wieder zurückkehren, auch da waren es viele Mitglieder, die betroffen waren.

Es interessiert nicht, ob und wie politisch die Gemeinde selbst und die Mitglieder waren, denn zum einen verstand sich die Gemeinde damals wie heute als politisch unabhängig, und zum zweiten verstand sie die politische Ausrichtung der Mitglieder als deren freies Recht. Ihre weltanschauliche Grundausrichtung stellte die Nähe zur Arbeiterbewegung her, denn Freiheit bezog sie nicht nur auf Religionsfreiheit, sondern auf Freiheit überhaupt, auch politischer Art, die bittere Erfahrung hatte sie gelehrt, dass das eine nicht ohne das andere zu haben war. Und sie war sehr sozial eingestellt, Menschen zu helfen, mit Würde und Selbstachtung durchs Leben zu gehen, setzte voraus, sie aus der Armut zu befreien, Bildung zu ermöglichen, ihnen Wahlmöglichkeiten zu eröffnen, Teilnahme an Kultur. Das erst macht Freiheit aus, damit war sie sehr wohl unbequem, politisch im allgemeinen Sinne mit Ideen für eine Verbesserung der Gesellschaft.

Man muss sich fragen, wieso sich gerade in Iggelbach eine im Verhältnis so starke Gemeinde bilden konnte. Dazu gehört wohl das Ende der dörflichen Isolation durch die Anbindung an die Bahn, damit die Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Und diese wiederum brachten Kontakt zu neuen Ideen, zu Gewerkschaften, zu Bestrebungen, nicht nur etwas geduldig hinzunehmen, sondern auch selbst etwas zu verändern. Es ist anzunehmen, dass gerade die, die nichts zu verlieren hatten, dann die wissbegierigeren, die wagemutigeren den Gang nach draußen auf sich nahmen, nicht nur gezwungen, wie so oft vorher, sondern auch aus eigenem Antrieb. Auch solche sozialen Aufbrüche wirken sich aus, verändern bisher homogene Gruppen und machen Unterschiede deutlich, die vorher weniger von Belang waren.

Dazu noch einige letzte Anmerkungen. Neben der Tatsache, dass die Nazi-Herrschaft eine Diktatur, ein Willkürregime war, mit Gewalt und Rechtsbeugung regierte, konnte sie sich auch auf Vorurteile und Neid zwischen den Menschen stützen.

Wer sich etwa mit der Geschichte der pfälzischen Dörfer und Gemeinden auskennt, weiß, wie schwer es in ihnen Menschen mit anderen Auffassungen, Religionen usw hatten. Nicht verwunderlich in kleinen Gemeinschaften, in denen oft jeder noch jeden kennt, und selbst wenn es nur vom Sehen ist, wo Gleichheit Sicherheit zu bedeuten scheint. Man mag sagen, dass die Entstehung der freireligiösen Gemeinde in Iggelbach sozusagen einen Riß in der Dorfgemeinschaft bewirkte. Deutlich wird aus den Berichten etwa von Carl Peter aus der Zeit, dass in Iggelbach selbst es praktisch eine dorfinterne Spaltung gebe, zwischen dem Dorfteil genannt „Schwarzbach“ und dem genannt „Rote Alpen“, und er führt weiter aus, dass Moser, der aktive Freireligiöse im Dorf, vor allem bei den Bewohnern der Roten Alpen Erfolg gehabt habe. Es steht zu vermuten, dass daher diese Bezeichnung nicht einfach nur als Ortsangaben zu betrachten sind, sondern auch etwas über die Mentalität der dortigen Bewohner aussagen. Getrud Landbeck, die vor wenigen Jahren die Geschichte einiger freireligiöser Personen, darunter von Adelheid Moritz, neu würdigte, spricht hingegen von einer intakten Dorfgemeinschaft.

Inwieweit diese so bestanden hatte, wäre ausführlicher zu prüfen, aber es wird deutlich, dass nun unterschiedliche Strömungen sichtbar wurden und nicht nur Wohlwollen und

gegenseitige Toleranz vorhanden waren. Die Freireligiösen waren auch eine Bedrohung der protestantischen Kirche vor Ort, sie reagierte mit dem Bau einer Kirche, mit Artikeln und der damals sehr diffamierenden Bezeichnung „gottlos“.

Bürckel konnte sich in seinen Ausführungen anlässlich der Weihe zum SS-Heim auf solche Bezeichnungen stützen, konnte mit ihnen das ganze Arsenal von Vorurteilen und Stereotypen in Menschen ansprechen. Auch diese Strategie haben die Rechtsextremen beibehalten und ein gut Teil von „Erfolgen“ können sie darauf zurückführen.

Anderssein macht immer noch Angst, und darin liegt immer eine Gefahr, dass dies ausgenutzt wird, zu Ausgrenzung führt, zu Ablehnung, Ausschließung und letztlich zu Verfolgung. Anderssein zu können, anders denken zu können, zu leben, auch Kritik zu üben, darin drückt sich Freiheit aus, und das Recht auf Selbstbestimmung gehört zum Menschen, macht seine Würde. Aus diesem Recht heraus gebietet sich Achtung voreinander und daraus kann und soll ein Austausch und ein Miteinander entstehen.

Renate Bauer